

Städtebau

Das Justizzentrum befindet sich an der Nahtstelle zwischen Innerem Grüngürtel, der von großzügigen Baukörpern gesäumt wird, und einer deutlich kleinteiligeren Bebauung südlich des Grundstücks. Dementsprechend gliedert sich der städtebauliche Entwurf in eine markante Bebauung entlang des Grüngürtels, die das Gesicht des Justizzentrums zum öffentlichen Stadtraum zeigt, und einer sich nach Süden hin abstufigen Bebauung, die die Gebäudehöhen der angrenzenden Stadtquartiere aufnimmt.

Der Entwurf sieht den Erhalt des bestehenden Hochhauses an der Luxemburger Straße aus zweierlei Gründen vor. Zum einen ist die Ökobilanz eines Gebäudeabrisses mit Ersatzneubau deutlich schlechter als die umfassende Sanierung – Angesichts des Klimawandels und der daraus entstehenden Notwendigkeit auch im Baubereich den Energieverbrauch und CO₂-Emissionen zu reduzieren, gilt es gerade die „graue Energie“ schon vorhandener Gebäude zu nutzen. Auch die Gesetzgebung sieht das Potential von Bestandssanierungen und richtet ihre Förderungen im Bausektor dahingehend aus. Zum Anderen steht das Justizzentrum in einer starken städtebaulichen Beziehung zu den Bauten des Uni-Centers und der ehemaligen Agentur für Arbeit. Zusammen stellen sie das südliche Tor in die Kölner Innenstadt dar. Ein Abriss des Hochhauses und eine Neubebauung mit zeitgemäß eigenständiger Architektur würde diese Ensemblewirkung unwiederbringlich zerstören.

Platz der Justiz

Der Entwurf sieht eine fußläufige Erschließung des Gebäudes über eine zentrale Platzfläche vor, an die alle Haupteingänge mit Schleusenkontrolle angebunden sind. Dieser „Platz der Justiz“ öffnet sich mit einer starken Geste zum öffentlichen Raum des Grüngürtels und ist über eine ebenerdige Überführung der erschließenden Straßen an diesen angebunden. Die Durchfahrt der Busse von der Luxemburger Straße zur Hans-Carl-Nipperdey-Straße unterhalb der geplanten Fußwegüberquerung wird durch eine leichte Absenkung des Straßenniveaus und eine leichte Anhebung des Platzniveaus erreicht. Über die Platzfläche verläuft zudem eine geradlinige sowie barrierefreie Fuß- und Radverkehrsverbindung in Nord-Süd-Richtung, um den Bewohner*innen und Beschäftigten des südlich angrenzenden Stadtquartiers einen direkten Zugang zum Grüngürtel und der darin enthaltenen Fahrradachse zu ermöglichen.

Verkehrskonzept, Äußere Erschließung

Mit dem Verkehrskonzept wird im Bereich der Hans-Carl-Nipperdey-Straße der motorisierte Verkehr vom nicht motorisierten Verkehr getrennt, so dass keine Konflikte durch querende Radfahrer bzw. Fußgänger entstehen können. Während der nicht motorisierte Verkehr auf der EG-Ebene geführt wird, wird der Pkw-, Lkw- und Busverkehr in der -1-Ebene geführt. Auf Grund der hohen Anzahl an Pkw-Bewegungen, die hier erwartet werden, wird der Kfz-Verkehr an der entscheidenden Knotenpunktsituation über einen Kreisverkehr leistungsfähig und verkehrssicher abgewickelt.

Der Rad- und Fußverkehr erhält auf der EG-Ebene sehr offene und geräumige Bereiche, so dass trotz hoher Gebäude keine Angsträume entstehen. Die Radabstellanlage befindet sich teilweise auf der EG-Ebene längs zur Hans-Carl-Nipperdey-Straße unmittelbar in Nähe der Gebäude mit abgesenkten und überdachten Abstellplätzen und teilweise in einer Zwischenebene mit Zugang zu den Parkhausauf- und -abgängen. Diese Bereiche sind durch abschließbare Räume vor unbefugtem Zutritt gesichert und ebenfalls blickoffen gestaltet.

Im Bereich der Hans-Carl-Nipperdey-Straße wird der Radverkehr von Osten kommend über eine Rampe auf die EG-Ebene geführt und von Westen kommend verbleibt der Radverkehr auf der EG-Ebene. Vor dem Bestandsgebäude an der Luxemburger Straße erfolgt der Rückbau der Vorfahrt und durch den Raumgewinn wird der Radverkehr geradlinig an den Straßenverlauf angepasst. Hier wird eine großzügige, verkehrssichere Radverkehrs- und Fußverkehrsführung entstehen.

Das Verkehrskonzept berücksichtigt den Busverkehr der Linie 142 in beiden Fahrtrichtungen auf der Hans-Carl-Nipperdey-Straße mit gegenüberliegenden Haltestellen und einem barrierefreien und rollstuhlgerechten Zugang zum „Platz der Justiz“. Die Tiefgarage und die beiden im Sockelgeschoss verbundenen Wirtschaftshöfe des Justizzentrums verfügen über Kfz-Zufahrten aus Ost- und Westrichtung. Der östliche Teil des Wirtschaftshofs dient in erster Linie der Gefangenenzuführung und als Hubschrauberlandeplatz. Im westlichen Wirtschaftshof sind sämtliche An- und Ablieferungen zur Bewirtschaftung des Gebäudes, einschließlich Kantinenküche vorgesehen.

Die Eingangsebene des Gebäudes sowie die dorthin führenden Platzflächen sind für Feuerwehrfahrzeuge befahrbar, sodass die Brandbekämpfung und Anleiterbarkeit von allen Seiten des Gebäudes gesichert ist.

Innere Erschließung, Funktionalität

Alle Hauptzugänge werden über den neuen „Platz der Justiz“ erreicht. Über die Eingänge an der Ostseite werden die Straf- und Zivilsitzungssäle erschlossen. Alle kleinen Sitzungssäle gleicher Größe sind übereinander in 5 Geschossen angeordnet, sodass eine ökonomische Grundrissanordnung gewährleistet ist. Die großen Säle der Strafsitzungen erhalten aufgrund anderer notwendiger Raumhöhen einen eigenen Gebäudetrakt. Dieser erfüllt zudem einen vermittelnde Funktion im städtebaulichen Gefüge.

Die Bürobereiche der Staatsanwaltschaft und der Gerichte sind über ein großzügiges Foyer, welches auch sämtliche publikumsintensive Nutzungen aufnimmt, an der Westseite des Platzes angebunden. Der südliche Gebäuderiegel beinhaltet all jene Nutzungen, deren zentrale Anordnung für alle Bürobereiche wichtig ist. Dazu gehören neben der Kantine und der Bibliothek sämtliche Räume für Konferenz und Weiterbildung.

Brücken und Stege zwischen den einzelnen Baukörpern ermöglichen direkte Verbindungen der einzelnen Nutzungen auf kurzem Wege.

Für den Rohbau ist eine Stahlbeton-Skelettkonstruktion mit größtmöglichem Einsatz von Fertigteilen vorgesehen, die eine hohe Flexibilität in Bezug auf mögliche Nutzungsänderungen erlaubt.

Dachlandschaften

Die erdgeschossigen Eingangs- und Verteilerebenen im Ost- und Westteil des Justizzentrums sind jeweils auf Höhe des 2. OGs mit einer perforierten Platte überdacht, die die Belichtung der darunterliegenden Geschosse gewährleistet und zudem eine intensive Begrünung ermöglicht. Die westliche Dachlandschaft kann von den Mitarbeitenden des Justizzentrums als Aufenthaltsfläche in den Arbeitspausen genutzt werden.

Da die Technik in den Untergeschossen und in den jeweils höchstliegenden Geschossen untergebracht ist, können die Dachflächen für Begrünung und Photovoltaik-Anlagen genutzt werden.